

Klima- und Umweltpolitik

Das Klima wandelt sich. Dabei treffen die vom industrialisierten Norden verursachten Veränderungen – Unwetter, Dürren, Überschwemmungen – die ärmsten Länder am härtesten. Klimawandel potenziert die bestehenden Privilegien des Nordens, denn die Kosten werden nicht von den VerursacherInnen getragen, sondern in die Länder des globalen Südens verfrachtet. Klaus Töpfer, Ex-Chef des Umweltprogramms der Vereinten Nationen UNEP, spricht von einer »ökologischen Aggression« des Nordens gegen den Süden.

Hamburg auf der sicheren Seite?

Schon jetzt werden in Bangladesch weit von der Küste entfernte Reisfelder von Salzwasser überflutet. Millionen Menschen verlieren ihre Lebensgrundlage. Während das arme Land kaum Möglichkeiten hat, die Menschen vor den Wassermassen zu schützen, verfügt Hamburg über genügend Ressourcen, um seine Deiche bis 2012 schrittweise auf bis zu neun Meter zu erhöhen und die Hochwasserschutzmaßnahmen in Schuss zu halten. Klima- und Umweltprobleme berühren auch soziale Fragen. Es sind nicht nur technologische Lösungen gefragt. Es geht auch darum, die große Kluft zwischen Arm und Reich zu schließen.

Die Ungleichheit zwischen Nord und Süd zeigt sich auch beim Energie- und Wasserverbrauch, der Müllproduktion und der Autonutzung. Zudem wurden viele Güter, die im globalen Norden ankommen, unter unmenschlichen und umweltzerstörenden Bedingungen produziert. Fast ein Hohn ist es, wenn aus markenrechtlichen Gründen der Hamburger Zoll tonnenweise Uhren, Schuhe und Taschen vernichtet – und damit auch die zur Herstellung verwendeten Rohstoffe, das dafür benötigte Wasser, die Arbeitszeit der ArbeitnehmerInnen und die Energie für den Transport.

Stickstoffdioxid, Schwefeldioxid, Feinstaub, Benzol, Benzo(a)pyren, Kohlendioxid, Kohlenmonoxid



und Schwermetalle wie Blei und Arsen: Die Schiffe im Hafen blasen gefährliche Schadstoffe in die Luft und verursachen so einen großen Teil der Hamburger Luftverschmutzung. Benutzungspflichtige Landstromanschlüsse anstelle der mit Schweröl betriebenen Bordmaschinen könnten die Emissionen ver-

ringern. Der Senat hat die Einführung 2007 geprüft und mit dem Verweis auf technische Hürden verworfen. Die Wettbewerbsfähigkeit des Hafens stehe auf dem Spiel. Die Kapazität der Terminals wird bereits ausgebaut. Mehr Schiffe und Container werden auch mehr Lastwagen, Güterzüge und Autos nach sich ziehen. Der Umschlag im Hamburger Hafen soll sich laut Hamburger Wirtschaftsbehörde bis 2011 verdoppeln – der Ausstoß giftiger Stoffe auch?

Vielfältiges Engagement

Nichtregierungsorganisationen und Initiativen in Hamburg weisen mit großem ehrenamtlichen Einsatz auf die ökologischen Missstände und ihre sozialen Folgen hin. Die Mitgliedsgruppen des Eine Welt Netzwerk Hamburg engagieren sich unter anderem für den Einsatz erneuerbarer Energien in Nicaragua, Tanzania oder Hamburg. Andere, wie die Infostelle Klimagerechtigkeit des Nordelbischen Missionszentrums (NMZ) der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche, bieten mit dem FlugFairCare Fonds konkrete Handlungsmöglichkeiten und Bildungsprojekte an Schulen.

Ökostrom: Besser spät als nie?

Die Stadt Hamburg als Vorbild in Sachen Ökostrom? Fehlanzeige. Das Vorgehen Hamburgs im Sommer 2007 beim Stromeinkauf für Behörden offenbarte eine große Konzeptlosigkeit. Zunächst erhielten Vattenfall und Eon.Hanse den Zuschlag, ab 2008 Elektrizität für Behörden, städtische Krankenhäuser, Schulen und Kitas zu liefern. 25 Prozent des Stroms sollte aus erneuerbaren Energien stammen. Zieht man den derzeitigen gesetzlichen Ökostrom-Pflichtteil von 18,3 Prozent ab, so hätte Hamburg also nur 7,7 Prozent mehr Ökostrom als vorgeschrieben bezogen.

Da das nicht für den angestrebten Titel »Klimahauptstadt« reicht, besann sich der Senat – oder spielte gar der Wahlkampf eine Rolle? – und startete eine weitere Ausschreibung für »Grünstromzertifikate«, die den bisherigen Ökostromanteil von 25 auf 100 Prozent aufstocken soll. Mit diesem halbherzigen Vorgehen setzt der Senat kaum einen Anreiz für große Stromanbieter wie Vattenfall Europe, ihren Energiemix grundlegend zu ändern: Weg von Atom und Kohle hin zu Erneuerbaren Energien! Ob der nachträgliche Zukauf der »Grünstromzertifikate« letzten Endes sogar teurer wird, als direkt beim Ökostromanbieter zu kaufen, wird noch zu sehen sein. Andere sind bereits weiter. Das Bundesumweltministerium (BMU) fordert seit vielen Jahren in der Ausschreibung seines Strombedarfs eine »maximale Minderung der CO₂-Emissionen«. Den Zuschlag bekam ein Ökostrom-Anbieter – bei nur 2,2 Prozent Mehrkosten. Die Ausschreibung ist als Musterausschreibung konzipiert, das BMU stellt seine Erfahrungen in Form einer Broschüre und Musterunterlagen zur Verfügung – sicher auch für den Hamburger Senat.

Entwicklungspolitik beginnt vor Ort. Laut Verursacherbilanz, die belegt, wie viel Kohlendioxid (CO₂) für den Energieverbrauch in Hamburg ausgestoßen wird, ist der CO₂-Ausstoß in 14 Jahren von 20,5 (1990) lediglich auf 18,5 Millionen Tonnen im Jahre 2004 gesunken. Umfassende Veränderungen, wie die Umstrukturierung des Ressourcenverbrauchs, sind notwendig. Mit vier freiwilligen autofreien Sonntagen im Jahr ist es nicht getan. Zwar gibt es immer wieder sinnvolle Projekte wie die energetische Sanierung an Schulen, doch diese Modellprojekte haben eine zu geringe Wirkung.

Mehr Schein als Sein: Klimahauptstadt Hamburg

Seit 2006 versucht sich der Senat als Reformier in Sachen Umweltschutz zu präsentieren. Im Konflikt entscheidet er jedoch nicht nach ökologischen Belangen, sondern folgt den Argumenten der Wirtschaft – sei es bei der Elbvertiefung, neuen Flugdirektverbindungen oder der Airbus-Produktion.

Angesichts dieser Politik sind Zweifel angebracht, ob der Senat Hamburg wirklich zur »Klimahauptstadt« machen will. Selbst in Neubaugebieten wie der HafenCity gelingt es der Stadt nicht, in Sachen Umwelt beherzt ans Werk zu gehen. Die Bebauung ist fußgänger- und fahrradfeindlich. Die Strom- und Wärmeversorgung ist nicht zukunftsweisend genug: Die dort gebauten dezentralen Anlagen zur solaren Warmwasserversorgung und Kraft-Wärme-Kopplung sind zu klein und dienen vor allem als Demonstrationsanlagen. Die solarthermische Anlage deckt nur rund ein Drittel des Warmwasser-Bedarfs in der HafenCity. Das ist zu wenig.

Klimakiller Steinkohle

Noch gravierender ist, dass der Senat den Bau des Vattenfall-Kohlekraftwerks Moorburg an der Süderelbe unterstützt hat. Im Gegensatz zu dem hocheffizienten Heizkraftwerk, das als Gas- und Dampfturbinenkraftwerk (GuD) in Tiefstack entsteht und einen Brennstoffnutzungsgrad von mehr als 90 Prozent erreicht, wird das viel größere Kohlekraftwerk in Moorburg eine Dreckschleuder – trotz einiger Nachbesserungen, die Vattenfall zur Bedingung gesetzt wurden. Mit der angepeilten Leistung von 1.640 Megawatt deckt die jährliche Stromerzeugung von rund 11 Milliarden Kilowattstunden ungefähr den Gesamtbedarf Hamburgs. Selbst wenig ambitionierte Klimaschutzziele bleiben illusorisch: Das Kohlekraftwerk soll ab 2012 mindestens 40 Jahre in Betrieb sein, hat einen Brennstoffnutzungsgrad von nur 50 Prozent und erreicht dabei schon 70 Prozent des Hamburger CO₂-Ausstoßes von 2004.

In einer Studie des Instituts für Energie und Umweltforschung (Ifeu, Heidelberg) und des Arrhenius-Instituts (Hamburg) warnen ForscherInnen davor, dass Moorburg Hamburgs Weg in eine klimafreundliche Versorgung verbaue. Sie schlagen vor, neue kleinere Gas-Heizkraftwerke, erneuerbare Energie und Stromeffizienz-Maßnahmen zu kombinieren. Hamburgs CO₂-Ausstoß könne so mittelfristig um 80 Prozent sinken.

Altersmüde Meiler

Klimaschutz ist kein Argument für die weitere Nutzung der Atomkraft. Die drei altersmüden Atommeiler rund um Hamburg – Brunsbüttel (Laufzeit bis 2009), Krümmel (bis 2015) und Brokdorf (bis 2017) – müssen stillgelegt werden, je eher desto besser. Denn die Umwelt wird an vielen Stellen der Brennstoffkette (radioaktiv) verseucht, die Endlagerung des Atommülls ist weltweit ungeklärt. Zudem besteht die Gefahr eines Super-Gaus und der Proliferation, der Nutzbarmachung der Atomtechnologie zur Produktion von Atomwaffen. Uran ist eine begrenzte Ressource, die von Deutschland zu 100 Prozent importiert wird und dessen Vorräte nach Schätzungen von Greenpeace noch für 65 Jahre reichen. Der Abbau von Uranerz in Australien, USA, Kasachstan, Südafrika, Kanada, Namibia, Russland und Niger schädigt zudem die Umwelt massiv und birgt gesundheitliche Risiken für die Bergarbeiter und die umliegenden Ortschaften.



Was wir wollen

- ▶ Wachstum, Wachstum über alles? Nein: Ökologische, Ressourcen sparende Aspekte sollten Vorrang vor bloßen Wirtschaftsinteressen haben. Bei Entscheidungen müssen die Auswirkungen auf den globalen Süden mitbedacht werden.
- ▶ Hamburg muss ein kommunales, atomstromfreies Energiekonzept für die Strom- und Fernwärmeversorgung unter optimaler Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung, klimafreundlicher Energieträger wie Erdgas und Erneuerbarer Energien entwickeln.
- ▶ Die Stadt als Vorbild: Die Behörden sollten mit ihrer Stromversorgung auf einen umwelt- und klimaschonenden Anbieter, der in Erneuerbare Energien statt in Kohle- und Atomkraftwerke investiert, umsteigen, statt Grünstromlizenzen zu erwerben.
- ▶ Der Fahrradverkehr sollte umfassender und schnell gefördert werden; notwendig sind zudem die attraktive Gestaltung des Öffentlichen Personennahverkehrs und der Verzicht auf den Ausbau des Flughafens.
- ▶ Umbauten zur Energieeinsparung insbesondere im Gebäudebereich, die nicht zu Lasten der (finanzschwachen) MieterInnen gehen, sollten verstärkt gefördert werden.